

Von der Komfortzone in vermintes Gelände

Die Biden-Präsidentschaft im ersten Jahr schlingert und irritiert

Martin Thunert

Zusammenfassung

Während der Anfangsphase seiner Präsidentschaft beeindruckte Joe Biden mit Entschlusskraft und einer hohen Geschwindigkeit, doch seit dem Spätsommer 2021 sinken die Zustimmungswerte zu seiner Amtsführung, ein Teil seiner politischen Vorhaben im Inneren geraten ins Stocken und sicherheitspolitische Maßnahmen der die Biden-Administration irritieren die Alliierten der USA.

Fulminanter Start während der ersten vier Monate?

In den ersten Monaten seiner Amtszeit schien das politische Leben für den 46. US Präsidenten ein höchst angenehmes zu sein. Seit der ersten Amtszeit von Franklin Delano Roosevelt (1933-1937) zählt die 100-Tage-Bilanz eines US-Präsidenten zum Inventar der innenpolitischen Temperaturmessung. Umfragen zur 100 Tage Marke zeigten, dass die Arbeit der Biden-Administration bei 50 bis 60 Prozent der Befragten auf Zustimmung stieß. Bidens Zustimmungsraten waren somit höher als die seines Vorgängers Trump, der zum vergleichbaren Zeitpunkt seiner Präsidentschaft deutlich unter 50 Prozent blieb. Doch im Mittel der US-Präsidenten seit dem Ende des 2. Weltkriegs lag die Zustimmungsraten während der Anfangsmonate meist eher zwischen 56% und 67%. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, wirken Bidens 54% Zustimmung eher durchschnittlich. Knapp ein Jahr nach seiner Wahl und neun Monate nach seinem Amtsantritt am 20. Januar 2021 ist die Zustimmungsraten zur Amtsführung des amerikanischen Präsidenten Joe Biden rückläufig. Anfang September 2021 lag sie bei 45,8 Pro-



Dr. habil. Martin Thunert
Senior Research Lecturer Political Science
Heidelberg Center for American Studies
Universität Heidelberg

zent Zustimmung und 48,5 Prozent Ablehnung. Über die Gründe für diesen Einbruch wird zu sprechen sein.

Wie mehrere seiner Vorgänger trat Biden sein Amt in einer Krisenzeit an. Der neue Präsident sah sich mit der COVID-19-Pandemie und der damit verbundenen Wirtschaftskrise, dem Klimawandel und den Folgen eines nationalen Aufruhrs in Folge der Tötung des Afroamerikaners George Floyd durch einen weißen Polizeibeamten im Mai 2020 in Minneapolis konfrontiert. Präsidenten können ihre politischen Prioritäten zu Beginn ihrer Amtszeit durch öffentliche Auftritte, durch ihre Personalentscheidungen und ihre Anordnungen bekannt machen. Biden nutzte alle diese Instrumente zum Werben für einen neuen Politikansatz nach Trump. Doch Joe Biden und die Demokratische Partei waren von Anbeginn mit knappsten Mehrheitsverhältnissen im US Kongress konfrontiert.¹ Die hauchdünne Senatsmehrheit half Biden zur vergleichsweise schnellen Bestätigung seiner überwiegend aus ‚Insidern‘ bestehenden Regierungsmannschaft durch die zweite Kammer, (vgl. Thunert 2021a und c, Thamm 2021). Insgesamt stellte Joe Biden eines der vermutlich erfahrensten und ganz sicher diversesten Kabinette aller Zeiten aus Frauen, ethnischen Minderheiten, LGBTQ*-Menschen sowie Indigenen zusammen.

Zum frühen Markenzeichen von Bidens Regierungsstil wurde der vermehrte Einsatz von Exekutivverfügungen, sowohl was die Quantität seiner Maßnahmen, aber auch die Art seiner Anordnungen betrifft. Berechnungen des *American Presidency Projects* zeigen, dass Präsident Biden in punkto Anordnungen, Memoranden und Dekreten weitaus aktiver war als jeder andere Präsidenten seit Franklin D. Roosevelt Anfang der 1930er Jahre. (vgl. Woolley/Peters: 2021). Doch kein Präsident der jüngeren Vergangenheit hat die Verfügungen seines Vorgängers so oft rückgängig gemacht wie Joe Biden die Anordnungen von Donald Trump². Dekrete und Verfügungen haben für US-Präsidenten den Vorteil, dass sie nicht erst durch ein kompliziertes und im Normalfall langatmiges Gesetzgebungsverfahren müssen – und dort scheitern könnten, aber den Nachteil, dass sie vom Nachfolger auch schnell wieder außer Kraft gesetzt werden können. Die geschah mit zahlreichen Verfügungen Obamas durch Trump – gerade im Bereich der Klima- und Umweltpolitik – und nun mit den Dekreten Trumps durch Biden – weitgehend in denselben Politikfeldern wie zuvor. Amerikanische Präsidialpolitik als Nullsummenspiel.

Doch wie sieht es bei Joe Biden mit frühzeitigen Erfolgen in der Gesetzgebung aus? Während der ersten Amtsmonate Joe Bidens schien sich die Corona-Pandemie in den USA dem Ende zuzuneigen. Dies war auch dem enormen Tempo der Impfkampagne in den USA im ersten Quartal 2021 geschuldet. Zwar ging die rasche Verfügbarkeit von großen Mengen an Impfstoff noch auf das von Präsident Trump bereits im Frühjahr 2020 eingeleitete Beschaffungsprogramm *Warp Speed* zurück³, doch die effiziente Organisation der Impfkampagne geschah unter der politischen Führung Joe Bidens. Laut der Bundesgesundheitsagentur *Center for Disease Control* (CDC) wurden in den USA zur Hochzeit der Impfkampagne zwischen Februar und April 2021 pro Tag bis zu drei Millionen Dosen verabreicht. Somit erfüllte sich Bidens Versprechen von 200 Millionen Corona-Impfungen innerhalb seiner ersten 100 Tage im Amt noch vor Erreichen der Deadline. Doch bereits kurz danach zeichnete sich das Problem ab, un-

ter dem die USA bis heute leiden – die mangelnde Impfbereitschaft größerer Bevölkerungskreise – speziell in Regionen, die politisch von den Republikanern kontrolliert werden, aber nicht nur dort.

Auch der wirtschaftliche Aufschwung war im Frühjahr 2021 in vollem Gange und genau diesen wollte der neue Präsident durch ein umfassendes Corona-Hilfspaket weiter beflügeln und verstetigen. Bidens Motto lautet seitdem: mehr Staat, weniger privat. Im März 2021 gelang es Biden, ein 1,9 Billionen Dollar schweres Hilfspaket (*American Rescue Plan*) im gesetzgeberischen Verfahren des sog. ‚Budgetausgleichs‘ (*budget reconciliation*) mit einer Stimme Mehrheit durch den Kongress zu bringen⁴. Der Plan ist der erste in einer Reihe von drei Vorhaben Bidens, die unter dem Titel „*Build Back Better*“ zusammengefasst sind und die amerikanische Wirtschaft völlig neu ausrichten sollen⁵. Schon der *American Rescue Plan* enthielt weitreichende politische Projekte, deren Verwirklichung sich die Demokratische Partei schon lange auf die Fahnen geschrieben hatte, aber mangels parlamentarischer Mehrheiten seit mehr als einem Jahrzehnt nicht umsetzen konnte, wie z.B. eine Kindersteuergutschrift, die im Grunde ein universelles Grundeinkommen für Familien mit Kindern darstellt. Das Paket beinhaltete auch eine Verlängerung der erhöhten Arbeitslosenunterstützung, 1.400 Dollar an Direktzahlungen an Einzelpersonen, 350 Milliarden Dollar für einzelstaatliche und lokale Regierungen, 130 Milliarden Dollar für öffentliche Schulen und vieles mehr. In seiner Ansprache vor beiden Häusern des Kongresses am 28. April 2021 stellte Joe Biden weitere ambitionierte Ziele seiner Präsidentschaft vor, wie die Zielvorgabe, bis 2050 all jene Schadstoffe auf null zu reduzieren, die den Klimawandel vorantreiben. Kern der Rede waren indes der *American Jobs Plan* (im Kern ein Infrastrukturprogramm) und der *American Families Plan* als Teil zwei und drei des Gesamtvorhabens, die zusammen ein Volumen von als vier Billionen US Dollar besitzen. Für einen kleineren Teil des Infrastrukturplans gelang es Biden, Unterstützung von einigen republikanischen Senatoren zu erhalten. Die Demokraten wollen die übrigen 3,5 Billionen Dollar Programme ebenfalls über das umstrittene Budgetausgleichsverfahren verabschieden, aber dagegen regt sich nicht nur Widerstand bei den Republikanern, sondern auch im eigenen Lager. Die politisch moderaten Senator*innen der Bundesstaaten Arizona (Kyrsten Sinema) und West Virginia (Joe Manchin)⁶ sowie zentristische Abgeordnete aus der unteren Kammer wollen Ausgaben von 3.5 Billionen \$ für Bidens Sozialagenda nicht mittragen, sondern plädieren für einen deutlich sparsameren Gesetzentwurf, während der progressive Parteiflügel einem abgespeckten Infrastrukturgesetz nur zustimmen will, wenn die Sozialausgaben in vollem Umfang beschlossen werden.

Das Corona-Hilfspaket blieb daher Bidens einziger großer Sieg in der Gesetzgebung während der ersten 100 Tage, womit sich Biden im Vergleich zu früheren Präsidenten im oberen Mittelfeld befindet. Die gigantischen Mehrausgaben des Gesamtpaketes würden laut Regierung zumindest teilweise u.a. durch eine Reihe von Steuererhöhungen für einkommensstarke Amerikaner und Investoren teilfinanziert, darunter die Wiederherstellung des Spitzengrenzsteuersatzes auf das Niveau von vor 2017 (39,6 %) und die nahezu Verdoppelung der Kapitalertragssteuer für Personen, die mehr als 1 Million Dollar verdienen, durch die Abschaffung Kapitalertrags-mindern-

der Bestimmungen im Steuergesetzbuch sowie eine deutlich Aufstockung des Budgets der Steuerbehörde (Internal Revenue Service), was nach Schätzungen des Weißen Hauses zu Mehreinnahmen von über 700 Milliarden Dollar führen könnte, die andernfalls durch Steuerhinterziehung verloren gehen würden.

Teile von Bidens wirtschafts- und konjunkturpolitischen Ausgabenprogramme waren und sind in der US-Bevölkerung durchaus mehrheitsfähig, doch rasch geriet ein anderes Politikfeld ins Blickfeld, die Einwanderungs- und Migrationspolitik, welche sich weitaus geringerer Popularität erfreut und, von den Republikanern klar als politische Schwachstelle der Biden-Regierung identifiziert wurde und daher zu einem der zentralen Wahlkampfthemen für 2022 heranwächst.

Einwanderungs- und Migrationspolitik

Eines der zentralen Wahlkampfversprechen Joe Bidens lautete, die »unmenschliche« Einwanderungspolitik von Donald Trump beenden und das harsche Einwanderungsregime der Vorgänger-Administration abzumildern und zu reformieren. Folglich erreichte die Anzahl an Migrant*innen, die sich nach Bidens Wahlsieg auf den Weg zur Südgrenze der USA machten, 2021 Rekordhöhen. Seit Oktober 2020 wurden entlang der Grenze mehr als eine halbe Million Migranten gestoppt, die es irgendwie in die USA schaffen und sich dort freiwillig den Behörden stellen – in der vagen Hoffnung, unter dem neuen Präsidenten Biden nicht gleich wieder abgeschoben zu werden. Zunächst kam die Mehrheit der Migrant*innen aus den mittelamerikanischen Staaten Guatemala, Honduras und El Salvador sowie aus Mexiko, aber jüngst sind auch Menschen aus Südamerika (insb. Venezuela) sowie jüngst in nennenswerter Zahl aus Haiti dabei.

An ihrem ersten Amtstag schaffte die Biden-Regierung das von Trump eingeführte Programm „Bleibt in Mexiko“ (*Remain in Mexico*) ab, welches vorsah, dass gut 70.000 Migrant*innen, die bereits in den USA Asyl beantragt hatten, in Mexiko auf ihre Gerichtsverfahren und ihre Bescheide warten mussten. Doch Ende August 2021 wendete sich das Blatt zu Ungunsten Bidens. Der Oberste Gerichtshof der USA weigerte sich in einer sechs zu drei Entscheidung, das Urteil eines unteren Gerichts, wonach das Trump-Programm nicht von Biden ausgesetzt werden dürfe, aufzuheben. Damit gilt für diese Asylbewerber erneut, dass sie bis zu Entscheidung über ihr Verfahren in Mexiko bleiben müssen.

Die Biden-Regierung stoppte die Finanzierung von Trumps Mauerbau über den Verteidigungsetat⁷ und beendete die Abweisung unbegleiteter Minderjähriger. Zudem hatte Präsident Biden das Einwanderungsthema zur Cheffinnen-Sache erklärt und Vizepräsidentin Kamala Harris beauftragt, ein Gesamtkonzept zu erstellen, in dem die „Grundursachen“ angegangen würden, welche die Menschen dazu bringen, ihre Heimatländer zu verlassen. Zu diesem Zweck besuchte Kamala Harris im Juni 2021 zwei für die Migrationskrise an der US-Südgrenze zentrale Staaten – Guatemala und Mexiko. Ihre Botschaft in Guatemala hatte zwei Teile: die USA stellten dem gebeutelten Land Wirtschaftshilfe und Investitionen in Aussicht, wenn es seine Eigenanstrengun-

gen zur Korruptionsbekämpfung verstärke. Doch die zweite Botschaft hätte auch vom Vizepräsidenten Trumps stammen können, denn an zur Migration in die USA bereite Menschen gewandt, sagte Kamala Harris: „Kommen Sie nicht, kommen Sie nicht.“ Die USA würden irreguläre und illegale Migration weiterhin verhindern und ihre Grenzen sichern. Zweifellos destabilisiert Korruption Zentralamerika und ist damit eine der Triebkräfte der Migrationsströme in die USA. Doch es gibt andere „Grundursachen“ für Flucht, wie das gehäufte Auftreten von Wirbelstürmen im Zuge der Klimaerwärmung, die dazu Dürre verursacht und vor allem auch die durch Banden- und Drogenkriminalität außer Kontrolle geratene Sicherheitslage. Zu diesen Themen sagte Harris auf ihrer Reise wenig bis nichts.

Andere migrationspolitische Maßnahmen gerieten ins Stocken oder sind bei der eigenen Anhängerschaft höchst umstritten – wie etwa die Massendeportationen von Haitianern im September 2021 aus Texas. Der Versuch der Biden-Administration und der Demokraten, ein Gesetz zur Legalisierung des Aufenthaltsstatus⁸ von ca. acht Millionen Einwanderern ohne Aufenthalts- und Arbeitsrecht, die als Minderjährige⁸ und/oder aus zerrütteten Weltregionen vor längerer Zeit in die USA gekommen waren, an das Infrastrukturgesetz ‚anzuheften‘, scheiterte am Einspruch der unabhängigen Justiziarin des Senats. Die Justiziarin war der Auffassung, dass die Ausweitung der Immigrationsregeln sehr weit über Haushaltsfragen hinausgingen und damit nicht im Rahmen des Budgetausgleichs behandelt werden können.

Außen- und Sicherheitspolitik: Der ‚Pivot to Asia‘ wird vollzogen, wo bleibt Europa?

Auch in der internationalen Politik schlug Präsident Biden und seiner Administration bei den allermeisten Alliierten der USA – Ausnahmen waren Israel, Polen, Ungarn, vielleicht Indien – großes Wohlwollen entgegen, insbesondere in Deutschland und bei den Spitzen der Europäischen Union. In den Wochen nach dem Amtsantritt erklang aus dem Weißen Haus der Anspruch auf weltpolitische Führung. Die USA seien in der Führungsrolle zurück, hieß es, da sich die Welt nicht von selbst organisiere. Dazu revidierte Biden mehrere Beschlüsse der Trump Administration und führte die USA ins Pariser Klimaabkommen, in die Weltgesundheitsorganisation und in das Atomabkommen mit dem Iran zurück. Mitte Juni 2021 unterstrich die Administration ihren aktiven multilateralen Führungsansatz bei den Treffen der G7 in Cornwall, der NATO und der EU in Brüssel sowie durch den bilateralen Gipfel mit Wladimir Putin in Genf. Im Gegensatz zu Trump, der in Handelsfragen Freund und Feind gleich (schlecht) behandelte, sobald er glaubte, die Handelsbeziehungen verliefen zu Ungunsten der USA, die britischen Brexit-Unterhändler zu einer harten Haltung gegenüber Brüssel aufforderte und die rechtspopulistischen Regierungen von Polen und Ungarn offen unterstützte, galt Joe Biden als multilateral, EU- und Allianzen-freundlich. Doch bei genauem Hinsehen und Zuhören wäre von Anbeginn erkennbar gewesen, dass die Biden-Administration nahezu ihre gesamte Weltpolitik der Großmachtauseinandersetzung mit China unterordnet und in den indo-pazifischen Raum ausrichtet, dies aber in Ab-

weichung von Trump möglichst mit Partnern tun will, jedoch ohne diese potenziellen Partner vollumfänglich zu konsultieren. Bei der Vorstellung der „Vorläufigen strategischen Leitlinien“ der Biden-Administration nannte Außenminister Anthony Blinken

„China ... das einzige Land, das über die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht verfügt, das stabile und offene internationale System ernsthaft herauszufordern – all die Regeln, Werte und Beziehungen, die dafür sorgen, dass die Welt so funktioniert, wie wir es wollen. Unsere Beziehung zu China wird konkurrierend sein, wenn sie es sein sollte, kooperativ, wenn sie es sein kann, und gegnerisch, wenn sie es sein muss. Der gemeinsame Nenner ist die Notwendigkeit, China aus einer Position der Stärke heraus zu begegnen.“ (Blinken 2021, Übersetzung MTh.)

Irritationen und Unverständnis bei den Verbündeten löste in den Folgemonaten die Bereitschaft der Biden-Administration aus, dabei ggf. auch Kollateralschäden mit einigen engen europäischen Partnern in Kauf zu nehmen, wie die drei folgenden Beispiele zeigen.

Nordstream 2

In den USA herrschte seit mehreren Jahren eine parteiübergreifende Beschlusslage, wonach die zwischen Russland und Deutschland vereinbarte und bei Bidens Amtsantritt zu fast 90 Prozent fertiggestellte Gaspipeline Nordstream 2, mit der russisches Erdgas unter Umgehung ost- und mitteleuropäischer Transitländer wie der Ukraine oder Polen direkt nach Deutschland gepumpt werden kann, weder den Interessen der USA noch der allermeisten europäischen Staaten mit Ausnahme Deutschlands entspräche. Dennoch weichte Joe Biden die von Präsident Trump verhängten Sanktionen gegen am Bau beteiligte Firmen, Personen und staatlichen Stellen insofern auf, als dass sie nicht mehr auf deutsche Firmen, Personen oder Gebietskörperschaften angewandt würden, sondern nur noch auf russische Beteiligte an der Pipeline. Mit dieser Entscheidung ermöglichte Biden de facto im Frühsommer 2021 die damals seit mehr als einem Jahr unterbrochene Fertigstellung von Nordstream 2, die Mitte September 2021 vollzogen wurde. Biden, der sich seit Jahren stets als großer Freund der Ukraine generierte, stieß damit nicht nur das vom Wohlwollen der USA abhängige osteuropäische Land vor den Kopf, sondern verprellte damit auch die engen Alliierten Polen, die baltischen Staaten sowie sehr viele weitere Mitgliedsländer der EU und EU Parlamentarier. Zudem ermöglichte Biden, der den russischen Präsidenten Putin noch in einem Interview vom März 2021 als einen ‚Killer‘ bezeichnet hatte, diesem einen enormen propagandistischen Erfolg und Prestigegewinn. Doch Biden und seinen Beratern war es wichtiger, die deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel und die mehrheitlich hinter der Pipeline stehende deutsche öffentliche Meinung nicht zu verärgern als den russischen Energieerfolg zu verhindern und die Wünsche anderer wichtiger Alliierten in Europa zu berücksichtigen. Biden, so das Kalkül hinter dem Verzicht auf Härte gegen deutsche Firmen und Politiker, glaubt, dass er die wichtigste Volkswirtschaft Europas für sein angestrebtes Bündnis zur wirtschaftlichen und politischen Eindämmung Chinas unbedingt benötigt.

Afghanistan

Wenn man will, kann man die Afghanistan-Politik der USA während der letzten drei bis vier Jahre als Beispiel dafür heranziehen, wie eine Politik des „Amerika zuerst“ in der Praxis aussieht – und zwar sowohl unter Ex-Präsident Trump als auch unter Präsident Biden – denn sie erfolgte weitgehend ohne Konsultation mit den NATO-Alliierten, die dort ebenfalls militärisch präsent waren. Blicken wir kurz zurück: Während der letzten 18 Monate seiner Amtszeit entschied sich Ex-Präsident Trump zu Verhandlungen mit den Taliban in Katar, ohne die vom Westen unterstützte afghanische Regierung oder die Alliierten daran zu beteiligen. Dies führte Ende Februar 2020 zu einem konditionierten Abkommen der Trump-Administration mit den Taliban, das einen Zeitplan für den Abzug der amerikanischen Truppen festlegte, der für Mai 2021 anvisiert wurde. Zu den im Abkommen festgelegten Konditionen gehörte u.a. die Freilassung von 5000 Taliban-Kämpfern aus afghanischen Gefängnissen, im Gegenzug verpflichteten sich die Taliban, auf Angriffe gegen amerikanische Truppen – auch während des Abzugs – zu verzichten. Der Abzug der US-Truppen würde nur erfolgen, wenn sich die Taliban an alle niedergelegten Konditionen halten würden. Joe Biden wiederum, der schon als Vizepräsident Barack Obamas 2009 für einen Teilabzug aus Afghanistan geworben hatte, wohingegen der damalige Präsident seinen Generälen folgte und die US-Truppen auf eine Truppenstärke über 100,000 aufstockte, hatte in seltener Übereinstimmung mit seinem Vorgänger und Rivalen Trump den Afghanistan-Abzug im Wahlkampf versprochen und legte nach wenigen Wochen im Amt den Abzugstermin auf den symbolträchtigen Termin des 11. Septembers 2021 fest. Weit mehr als sein ehemaliger Vorgesetzter Barack Obama zweifelte Joe Biden schon seit langer Zeit an der Fähigkeit des US-Militärs und der westlichen Politik insgesamt, andere Länder und Kulturräume im Sinne des ‚nation-building‘ in Richtung westlicher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit umzugestalten. Daher wollte Biden als Präsident eine Politik, die auf dieser Annahme beruhte, keinesfalls fortsetzen. Der Rückzugsbeschluss der beiden US-Präsidenten hatte zwar in beiden Parteien Kritiker, aber die Mehrheit der US-Bevölkerung befürwortete den Abzug im Grundsatz. Doch die Eile, mit der Biden seinen Rückzugs-Entscheid vom Frühjahr 2021 umsetzte, löste in Teilen des nationalen Sicherheitsapparats der USA sowie in sicherheitspolitischen Kreisen der US-Alliierten große Besorgnis und im August 2021 schließlich auch Empörung über den chaotischen Ablauf aus. Dies hatte mehrere Gründe. Ersten stellt Bidens Logik, wonach der Afghanistan-Einsatz der NATO von Anfang ein reiner Anti-Terroreinsatz hätte bleiben sollen, eine Absage an die expansiveren, demokratiefördernden Ziele des Projekts nach dem 11. September 2001 dar, das den militärischen, zivilen und politischen Dienst, sowie die Karrieren sehr vieler Menschen in den NATO-Staaten, aber auch in Afghanistan über fast eine Generation geprägt hatte. Zweitens, weil Biden im Gegensatz zu Trump stets Teil des transatlantischen sicherheitspolitischen Establishments war, das den Einsatz trug. Bidens wichtigste Mitarbeiter kommen ebenfalls aus diesem Establishment. Man konnte sie nicht als illiberale Isolationisten abstempeln wie die Trump-Leute. Doch seit geraumer Zeit sahen Biden und sein Team den Krieg in Afghanistan als ein Hindernis für den Umgang mit anderen externen Bedrohungen der

USA: von einem Russland, das einen asymmetrischen und hybriden Krieg gegen die westliche Demokratie führt, bis hin zu einer chinesischen kommunistischen Führung, welche im Inneren die Zügel anzog und die USA aus dem indo-pazifischen Raum verdrängen will.

Nachdem die Taliban Mitte August 2021 die Macht in Kabul viel schneller als vorhergesagt übernommen hatten, rief vor allem die Tatsache, dass die Afghanen nun den Taliban ausgeliefert waren, und Bidens bisweilen gefühllose Rhetorik, die den afghanischen Sicherheitskräften, die jahrelang an der Front gekämpft hatten, die Schuld zuschob, in den USA und bei den NATO-Partnern ein Gefühl der nationalen Scham hervor. Die Evakuierung der Amerikaner, die Gefahr der Terrorgruppe Islamischer Staat – Khorasan und der Verlust von US-Soldaten stellten das enorme afghanische Leid in den Schatten. Andererseits verhinderte die überwältigende öffentliche Unterstützung für Bidens Festhalten an der Abzugsentscheidung, auch wenn sie durch die Unzufriedenheit mit dem Abzugsprozess geschmälert wurde, bei Biden ein Überdenken seines Vorgehens, denn sein Kerninstinkt sagte ihm, dass es überfällig war, die umfassenderen Ziele der Außenpolitik nach dem 11. September aufzugeben, ungeachtet der damit verbundenen humanitären Kosten und Kollateralschäden.

Indo-Pazifik und China

Nur wenige Wochen nach dem Abzug der USA aus Afghanistan präsentierte Präsident Biden zusammen mit dem britischen Premier Boris Johnson und dessen australischen Amtskollegen Scott Morrison am 15. September 2021 Pläne einer neuen Sicherheitspartnerschaft der drei Staaten, die unter dem Akronym „AUKUS“ firmiert. In einem ersten Schritt soll Australien der Erwerb von U-Booten mit Nuklearantrieb ermöglicht werden, um die Sicherheit und die militärische Abschreckung im Indopazifik-Raum zu stärken. Bisher teilten die USA diese extrem vertrauliche Atom-U-Boot Technologie nur mit Großbritannien, dies allerdings bereits seit 1958. Die neue Sicherheitspartnerschaft der drei eng verbündeten Staaten komplementiert den Sicherheitsdialog „Quad“, den die USA als Quartett mit regionalen Verbündeten wie Australien, Indien, Japan führen und der mittlerweile über den Status eines reinen Dialogformats hinausgeht. Biden empfing die Regierungschefs des Quad-Bündnisses Ende September 2021 persönlich im Weißen Haus.

Die Entscheidung Australiens für eine Sicherheitspartnerschaft mit den USA und Großbritannien hat auf mindestens zweierlei Art Bedeutung für Europa. Wenig überraschend wurde die Entscheidung für die Atom-getriebenen U-Boote in Frankreich als ein Affront betrachtet, da mit der anglo-amerikanischen Entscheidung die Kündigung eines mit Frankreich vereinbarten Milliarden-Auftrags über konventionell betriebene U-Boote einhergeht. Aus französischer Sicht hat AUKUS der EU und der Atommacht Frankreich signalisiert, dass es nicht als globaler Akteur wahrgenommen wird, mit dem die Vereinigten Staaten ihre Zusammenarbeit vertiefen wollen, zumindest im indopazifischen Raum.

Doch wichtiger für Deutschland ist dies: derselbe konservative australische Premier, Scott Morrison, der nun *AUKUS* mit-initiierte, sagte noch bei seinem Amtsan-

tritt im Jahr 2018, dass man sich als Amerikas Allierter nicht zwischen China und den USA entscheiden müsse. Dies ist bis heute die Auffassung Deutschlands und vieler Staaten der Europäischen Union. Doch die Entscheidung für AUKUS kann man dahingehend interpretieren, dass Australien nun aber tatsächlich gewählt hat – und zwar die USA. Die Hybris der Biden-Administration, die USA seine der einzig relevante westliche Akteur im indo-pazifischen Raum und müssten sich daher keine Gedanken darüber machen, was die Verbündeten denken, denn die Europäer könnten gar nicht anders, als sich der US-Konfrontation mit China anzuschließen, ist gefährlich für den Zusammenhalt des Westens. Bidens unbedachtes Vorgehen erhärtet die Auffassung Frankreichs, wonach die strategische Souveränität der EU dringlicher als je zuvor ist.

Für eine US-Regierung, die bei ihrem Amtsantritt die Bedeutung von Verbündeten gepredigt hat, zeichnen diese drei Fälle das beunruhigende Bild eines Teams, das entweder den Beziehungen zu einigen engen Verbündeten wie Frankreich keine Priorität einräumt oder nicht in der Lage ist, einen effektiven Prozess der Politikformulierung durchzuführen, der konkurrierende Interessen zwischen Alliierten im Vorhinein antizipiert und ausgleicht.

Bilanz: Das Ende der Komfortzone für Joe Biden

Das Abzugs-Debakel in Afghanistan wird Biden politisch weiterhing anhängen, wenngleich die Abzugsentscheidung an sich grundsätzliche Unterstützung findet. Die Delta-Variante des Corona-Virus bremst die wirtschaftliche Erholung der USA, was sich auch in enttäuschenden, zuletzt aber leicht verbesserten Arbeitsmarktzahlen niederschlägt.

Knapp ein Jahr nach Joe Bidens Wahlsieg kontrolliert die Demokratische Partei zwar die Hebel der Macht in Washington, nach einem bemerkenswerten dreijährigen Lauf, in dem sie zuerst das Repräsentantenhaus, dann den Senat zurückeroberten und schließlich Donald Trump aus dem Weißen Haus vertrieben hatten, aber der Kampf um die künftige Richtung des USA bleibt weit offen.

Nachdem sie ihre legislative und exekutive Machtbasis in der Hauptstadt verloren haben, konzentrieren sich die Republikaner auf die Macht in denen von ihnen regierten Einzelstaaten, vor allem auf Florida und Texas, sowie auf die noch vorhandene Machtbasis in der Bundesjustiz generell und dem Obersten Gerichtshof im Besonderen. Dabei erlebten die Republikaner so etwas wie eine politische Renaissance in der amerikanischen Provinz. Allein im Jahr 2021 haben zwölf Gliedstaaten die Landeseinkommenssteuer abgesenkt, 17 Staaten haben Wahldurchführungsbestimmungen verschärft, von denen erwartet wird, dass sie demokratische Wählergruppen stärker treffen, und 18 Staaten haben neue oder erweiterte Schulwahlprogramme eingeführt, die es Eltern ermöglichen, Steuergelder von öffentlichen an nicht-öffentliche Schulen umzuleiten, was von den Lehrerergewerkschaften energisch bekämpft wird. Republikanische Gouverneure in mehreren Bundesstaaten hatten auch Erfolg bei der Untergrabung von Bidens Bemühungen, Masken für Schulkinder und andere zu verlangen, um die Verbreitung von Covid-19 einzuschränken. Schließlich weigerte sich der US Sup-

reme Court aus rechtstechnischen Gründen, ein Gesetz des Bundesstaates Texas als verfassungswidrig zu erklären, das Abtreibungen bereits nach der sechsten Schwangerschaftswoche erschwert, da sie nicht mehr durchgeführt werden dürfen, sobald ein Herzschlag des ungeborenen Kindes erkennbar ist. Diese Entscheidung der konservativen Mehrheit des Obersten Gerichtshofs, das texanische Abtreibungsgesetz in Kraft treten zu lassen, ist eines der größten Ereignisse in der konservativen Rechtsprechung seit der Entscheidung *Roe v. Wade* von 1973, die das Recht der Frauen auf Abtreibung festschrieb.

Zum Leidwesen der Demokraten bedeutet ihr schlechtes Abschneiden bei den international kaum beachteten Wahlen zu den Landesparlamenten im November 2020, dass die Republikaner in wichtigen Bundesstaaten die 2021/22 alle zehn Jahre stattfindende Neuziehung der Wahlbezirke erneut dominieren werden, so dass sie bei entsprechendem Wahlverlauf 2022 mit parlamentarischen Mehrheiten regieren könnten, die größer sind als ihre tatsächlichen Wählerschaft.

Die Regierungspartei in Washington, die Demokraten, die sich auf die Verabschiedung des größten neuen Ausgabenprogramms seit den 1960er Jahren konzentriert hat, befindet sich nach neun Monaten Präsident Biden – zumindest vorübergehend – in der Defensive, inmitten von Meinungsverschiedenheiten darüber, was als Nächstes zu tun ist, und wachsenden Befürchtungen, dass die Republikaner in der Lage sein werden, ihre strukturellen Wahl- und Justizvorteile für die nächsten Jahre zu bewahren. Doch dazu muss es nicht zwangsläufig kommen. Die Führung der Demokraten sieht sich unterdessen mit neuem Druck ihrer progressiven Basis konfrontiert, die fordert, ihre Macht in Washington aggressiver auszuüben, auch wenn dies bedeuten sollte, mit langjährigen Präzedenzfällen und politischen Konventionen und Gepflogenheiten wie dem Filibuster zu brechen. Doch besonders problematisch für Biden sind die Flügelkämpfe innerhalb seiner eigenen Demokratischen Partei deshalb, weil sie die Verabschiedung des Infrastrukturgesetzes sowie des sozialpolitischen Pakets zumindest deutlich verzögern.⁹ Ein Scheitern eines oder beider Pakete wäre ein enormer Rückschlag für die Biden-Präsidentschaft, die seit Frühherbst schlechten Umfragewerte tun ein Übriges. Die nächsten Monate werden für Gelingen oder Straucheln der Biden-Präsidentschaft von zentraler Bedeutung sein.

Anmerkungen

- 1 Zu den Hintergründen ausführlich Thunert 2021b.
- 2 In 25 von 106 Dokumenten, die Biden während der ersten 100 veröffentlichte, lehnt Biden 76 frühere Anordnungen Trumps ausdrücklich ab. Dazu gehört u.a. auch der Rückzug vom Rückzug der USA aus dem Pariser Klimaabkommen, aus der Weltgesundheitsorganisation und aus dem Atomabkommen mit dem Iran. (vgl. Woolley/ Peters: 2021)
- 3 Mit dem Programm dieses Namens hatte Ex-Präsident Donald Trump im Frühjahr 2020 rechtzeitig und ausreichend Impfstoffe für die USA bestellt und reserviert.
- 4 Das technische „Budgetausgleichsverfahren“ erlaubt die Verabschiedung eines Gesetzes mit einfacher Mehrheit von 51 Stimmen, da es im US-Senat die Anwendung des sog. Filibusters durch die Minderheitsfraktion verhindert. Um einen Filibuster zu brechen, braucht es 60 Stimmen, die Demo-

- kraten verfügen im Senat aber nur über 50 Stimmen, die Republikaner ebenfalls. Ohne Filibuster kann Vizepräsidentin Kamala Harris das Stimmenpatt zugunsten der Demokraten aufheben, was sie im Falle des Covid-Rettungspakets auch tat.
- 5 Siehe auch die ausführliche Analyse der drei Programme, ihre Hintergründe und möglichen historischen Bezügen zu Roosevelts New Deal der 1930er Jahre in dem Beitrag von Jens van Scherpenberg (2021) in Heft 3/2021 dieser Zeitschrift.
 - 6 Dieselben Senator*innen weigern sich bisher ebenfalls, für eine mögliche Abschaffung der Filibuster-Regel im Senat zu stimmen.
 - 7 Noch ist unklar, ob damit das gesamte Bauvorhaben gestoppt wurde oder ob aus Angst vor horrenden Entschädigungszahlungen der Mauerbau dort weiterlaufen konnte, wo gültige Verträge bestehen.
 - 8 Die Gruppe dieser sich mittlerweile im Teenageralter und jungen Erwachsenenalter befindlichen Menschen wird in Anlehnung einer Maßnahme der Obama-Regierung auch als ‚Dreamer‘ bezeichnet.
 - 9 Nach dem Senat stimmte am 5. November 2021 auch das Repräsentantenhaus einem abgespeckten Infrastrukturgezetz in Höhe von gut einer Billion Dollar (rund 870 Milliarden Euro) nur deshalb zu, weil 13 Republikaner ihre Zustimmung gaben, wohingegen sechs Demokraten vom linken Parteiflügel mit nein stimmten, da es bisher keine Mehrheit für das rund zwei Billionen teure Sozial- und Klimapaket der Biden-Administration im Kongress gibt.

Literatur

- Blinken, Anthony (2021): A Foreign Policy for the American People, Washington DC, 3. März.
<https://www.state.gov/a-foreign-policy-for-the-american-people/>
- Böller, Florian, Steffen Hagemann, Lukas D. Herr, Marcus Müller (Hrsg) (2021): Weltmacht und Demokratie, Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA nach der Ära Trump, Festschrift für Jürgen Wilzowski, Baden-Baden: Nomos
- Pew Research Center (2021): “Biden Begins Presidency With Positive Ratings; Trump Departs With Lowest-Ever Job Mark“, 15. Januar,
https://www.pewresearch.org/politics/wp-content/uploads/sites/4/2021/01/PP_2021.01.15_biden-trump-views_REPORT.pdf
- Sievert, Markus B. und Florian Böller (2021): „Building Back Better? Eine Bewertung der ersten 100 Tage der Präsidentschaft von Joseph R. Biden“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl)*, 52 (2021)2, 314-337.
- Tamm, Sascha (2021): „Erfahrung, Diversität, Expertise – Das Kabinett von Präsident Biden“, Friedrich-Naumann-Stiftung, 21.1.2021,
<https://www.freiheit.org/de/erfahrung-diversitaet-expertise-das-kabinett-von-praesident-biden>
- Thunert, Martin (2021a): Von Trump zu Biden: Kehrtwende mit Fragezeichen, *ifo-Schnelldienst*, 1-2021, 74. Jahrgang, 20. Januar 2021, 22-25.
- Thunert, Martin (2021b): Von Trump zu Biden: Wohin gehen die USA nach der Anti-Trump Wahl vom 3. November 2020?, *Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP)* 70. Jahrg., Heft 1/2021, S. 49-59.
- Thunert, Martin (2021c): „Joseph R. Biden (2021 –): Die Insider-Präsidentschaft?“, in: Mauch, Christof (Hrsg.) *Die Präsidenten der USA. Historische Porträts von George Washington bis Joe Biden*, 2., fortgeführte und aktualisierte Auflage, München: C.H. Beck, 522-531.
- Van Scherpenberg, Jens (2021): Präsident Bidens „New Deal“, in: *Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP)* 70. Jahrg., Heft 3/2021, S. 335-343
- Woolley, John T. & Gerhard Peters (2021): “Biden in Action: the First 100 Days.”, *The American Presidency Project*, University of California at Santa Barbara, 30.4.2021,
<https://www.presidency.ucsb.edu/analyses/biden-action-the-first-100-days> (Zugriff 3.9.2021)